

Klima Kosten Fall Pakistan

Fragen und Antworten

1. Warum unterstützt das ECCHR die Schadensersatzforderung gegen RWE und Heidelberg Materials

Die Klimakrise ist eine Menschenrechtskrise von beispiellosem Ausmaß. Die Klimakrise hat bereits weitreichende negative Auswirkungen, Verluste und Schäden für Mensch und Natur verursacht, und dies droht sich in Zukunft noch zu verstärken. Diese Klimawandelfolgen treffen Gemeinschaften, die sich aufgrund historischer und gegenwärtiger Marginalisierung und sich überschneidender Formen von Diskriminierung, Unterdrückung, Ausbeutung, Ungleichheit und Gewalt in einer besonders vulnerablen Lage befinden, unverhältnismäßig stark.

Als Menschenrechtsorganisation unterstützen wir juristische Interventionen von Personen und Gemeinschaften aus dem Globalen Süden, deren Menschenrechte von Unternehmen verletzt wurden. Der Klima Kosten Fall Pakistan rückt eine der am stärksten von der Klimakrise betroffenen Gemeinschaften der Welt in den Mittelpunkt des Kampfes für den Ersatz von klimabedingten Schäden und Verlusten. Noch immer wird das Ausmaß der Schäden, die die Überschwemmungen in Pakistan hinterlassen haben, international kaum thematisiert.

Laut dem [Global Climate Risk Index](#) ist Pakistan 2022 an erster Stelle der zehn am stärksten durch Extremwetterereignisse betroffenen Länder. Im Jahr 2022 verwüsteten nie dagewesener Starkregen und Überschwemmungen ein Drittel des Landes und verursachten wirtschaftliche Verluste in Höhe von bis zu 30 Milliarden US-Dollar. Mindestens [1700 Menschen](#) kamen ums Leben, 33 Millionen Menschen wurden obdachlos. Die Region Sindh hatte mit zwei Dritteln der Gesamtschäden die schwersten Verluste zu beklagen. Viele Bezirke standen auch mehr als ein Jahr später noch unter Wasser, was die Überschwemmungen in Pakistan im Jahr 2022 zu einer der bislang größten klimabedingten Katastrophen macht. Insgesamt hat sich die Zahl der Extremwetterereignisse in Pakistan in den letzten 30 Jahren mehr als verdreifacht.

Dies ist der erste Fall dieser Art in Deutschland, bei dem von schweren Klimaschäden im Globalen Süden Betroffene Schadensersatz von deutsche Großemittenten einfordern.

2. Was ist die Rechtsgrundlage des Anspruchs auf Schadensersatz?

Der Fall wendet einen allgemein anerkannten Grundsatz des Zivilrechts an: Wer schuldhaft andere schädigt, muss die entstandenen Schäden ersetzen. Im deutschen Recht ist dies in § 823 BGB geregelt. Übertragen auf die Klimaschäden in Pakistan: Industrien, die die Klimakrise vorantreiben, müssen einen Teil der Kosten für die daraus resultierenden Schäden und Verluste tragen. Die Bäuer*innen argumentieren: Unternehmen waren und sind rechtlich verpflichtet, den Schaden, der wissentlich aus dem Ausstoß von Treibhausgasen resultieren wird, auf ein Minimum zu senken. Obwohl den Unternehmen diese Schäden bekannt waren, unternahmen sie nicht nur sehr wenig, um die Emissionen zu reduzieren, sondern versuchten sogar jahrzehntelang, die vom Gesetzgeber eingeführten verbindlichen Klimaschutzvorschriften zu schwächen. Dies ist eine Verletzung der sogenannten Verkehrssicherungspflicht.

Die 43 Bäuer*innen fordern von RWE und Heidelberg Materials eine teilweise Entschädigung für die Schäden, die ihnen durch den Verlust ihrer Ernte entstanden sind und auf ungefähr 1 Millionen Euro geschätzt werden. Zu diesem Zeitpunkt haben die Betroffenen eine förmliche Aufforderung an RWE und Heidelberg Material gerichtet und ihnen eine Frist von vier Wochen gesetzt, um zu erklären, ob sie ihre Haftung anerkennen und beabsichtigen, den Anspruchsteller*innen Schadensersatz zu zahlen, oder zumindest in Verhandlungen einwilligen. In dem Schreiben wird in einem ersten Schritt zudem die Zustimmung zur Unterbrechung der Verjährung in der Frist von drei Jahren seit dem Schadensereignis verlangt. Sollten RWE und Heidelberg Materials dem nicht nachkommen, werden die Bäuer*innen im Dezember 2025 Klage einreichen.

Dies steht im Einklang mit dem **Verursacherprinzip**, wonach die Kosten für Schäden, die durch Umwelt- und Klimaveränderungen verursacht werden, von den Verantwortlichen zu tragen sind.

Nach deutschem Recht kann grundsätzlich ein Unternehmen, selbst wenn es nicht allein für den Schaden verantwortlich ist, dennoch für seinen wesentlichen Anteil haftbar gemacht werden. Dieser Ansatz, der sich sowohl im materiellen Recht als auch im Zivilprozessrecht widerspiegelt, eröffnet den Gerichten die Möglichkeit, sich mit Schäden zu befassen, die von mehreren Akteuren verursacht wurden. In dem Anspruchsschreiben wird argumentiert, dass RWE und Heidelberg Materials als große historische Treibhausgasemittenten signifikant und pflichtwidrig zu den im Zuge der verheerenden Überschwemmungen von 2022 erlittenen Schäden der Bauerngemeinden in Pakistan beigetragen haben und daher zum Schadensersatz verpflichtet sind.

Nach der aktuellen CO₂-Bilanzierung auf Basis öffentlicher Daten:

- hat RWE seit 1965 mindestens 0,68 %
- und Heidelberg Materials seit 1968 mindestens 0,12 %

zu den weltweiten Treibhausgasemissionen beigetragen.

Der Fall baut auf den im Fall [Saúl Luciano Lliuya gegen RWE](#) geschaffenen rechtlichen Grundlagen auf. In diesem Verfahren hat ein deutsches Gericht erstmals anerkannt, dass ein großer Emittent nach dem deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) für klimabedingte Schäden im Ausland haftbar gemacht werden kann.

Das Gericht stellte außerdem fest, dass große Emittenten die schädlichen Folgen ihres Handelns spätestens seit 1965 vernünftigerweise vorhersehen konnten und somit die rechtliche Verantwortung dafür tragen. Zwar lehnte das Gericht die Klage letztlich ab, weil es im Konkreten den Sachverhalt nicht als erwiesen ansah, dennoch stellt das Urteil einen wichtigen Präzedenzfall dar, da es bestätigt, dass Klimaschäden unter die zivilrechtliche Haftung fallen.

Der Klima Kosten Fall Pakistan geht noch einen Schritt weiter, indem er auf der Grundlage solider Attributionsforschung einen Ersatz für bereits entstandene Schäden fordert und eine Verletzung der Verkehrssicherungspflicht zum Schutz der Interessen anderer geltend macht.

Die Forderung stützt sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse über die Auswirkungen des vom Menschen verursachten Klimawandels auf Niederschläge, insbesondere im Hinblick auf die Überschwemmungen in Pakistan im Jahr 2022. Ein in Auftrag gegebenes Gutachten liefert besser auf die spezifische Region zugeschnittene Daten und untermauert somit die Forderung der Bäuer*innen. Die Attributionsforschung wurde bereits im Fall Saúl Luciano Lliuya gegen RWE diskutiert und vom Gericht allgemein akzeptiert.

3. Warum RWE und Heidelberg Materials, und warum ist es wichtig, nicht nur Länder, sondern auch Carbon Majors zur Verantwortung zu ziehen

Die Forderung richtet sich gegen RWE, einen der größten Stromerzeuger Europas, und Heidelberg Materials, einen der größten Zementhersteller weltweit.

Der Begriff „Carbon Majors“ bezieht sich auf Unternehmen, die erheblich zur Klimakrise beigetragen haben. Der Begriff wurde durch [Studien des Climate Accountability Institute](#) geprägt, die ergaben, dass etwas mehr als 100 Unternehmen für fast 70 % der weltweiten historischen industriellen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. RWE und Heidelberg Materials sind

zwei davon. Als Carbon Majors sind sie für einen erheblichen Anteil der weltweiten industriellen Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Historisch betrachtet zählen beide Unternehmen zu den weltweit größten CO₂-Emittenten und Umweltverschmutzern mit Hauptsitz und bedeutenden Geschäftstätigkeit in Deutschland. Die neuesten Studien, die die Carbon-Majors-Methodik verwenden, zeigen, dass RWE für mindestens 0,68 % und Heidelberg Materials für 0,12 % der weltweiten Treibhausgasemissionen seit 1965 verantwortlich ist.

Bislang konnten sich große Unternehmen, die erhebliche Emissionen verursachen, einer echten Rechenschaftspflicht entziehen. Die einzige Möglichkeit, um sicherzustellen, dass diejenigen, die maßgeblich zur Krise beigetragen haben, ihren gerechten Anteil an den Kosten tragen, anstatt diese vollständig den betroffenen Gemeinden aufzubürden, ist, sie vor Gericht zur Verantwortung zu ziehen.

4. Wer sind die Anspruchsteller*innen und wer unterstützt sie in ihrem Streben nach Gerechtigkeit?

Alle Anspruchsteller*innen stammen aus den Bauerngemeinden Jacobabad, Dadu und Lakarna in der südpakistanischen Provinz Sindh, die zu den am stärksten von den beispiellosen Überschwemmungen des Jahres 2022 betroffenen Regionen zählt. Sie mussten mit ansehen, wie ihre Ernte in diesem Jahr fast vollständig zerstört wurde, weil ihre Felder durch unaufhörliche Regenfälle in Mitleidenschaft gezogen wurden. In ihrem Bestreben werden sie von zwei pakistanischen Organisationen unterstützt, die die Schäden ebenfalls hautnah miterlebt haben: die HANDS Welfare Foundation und die National Trade Union Federation (NTUF) werden den Fall als Zeugen unterstützen.

Ganze Dörfer wurden überflutet, Ernten und Lebensgrundlagen zerstört. Provinzinterne Daten zeigen, dass die nördlichen Distrikte Sindh überproportional stark von den Zerstörungen betroffen waren. Einige Gebiete standen auch mehr als ein Jahr nach der Flutkatastrophe noch unter Wasser, sodass diese Gemeinden keine Chance hatten, sich zu erholen. Für Kleinbäuer*innen, die ohnehin schon unter schwierigen Bedingungen lebten, bedeutete der Verlust ihrer Ernten über zwei oder mehr Saisons hinweg den Zusammenbruch ihrer Lebensgrundlage und ihres Einkommens.

Die pakistanische Nichtregierungsorganisation HANDS Welfare Foundation und die deutsche Organisation medico international sind seit mehr als 15 Jahren in der Gemeindearbeit im ländlichen Sindh aktiv. Sie sorgen dafür, dass Entwicklungsprojekte gemeinsam beschlossen werden – auch von Frauen. Die

National Trade Union Federation (NTUF) organisierte Kleinbäuer*innen aus dem Bezirk Dadu. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt dabei auf Fragen der Land- und Arbeitsrechte sowie der Klimagerechtigkeit.

Das ECCHR unterstützt den Fall in Deutschland, ist jedoch selbst nicht als Partei im Verfahren beteiligt.

5. Was sind klimawandelbedingte Schäden und Verluste, und welche Rolle spielen Klagen in diesem Bereich?

Der aus den internationalen Klimaverhandlungen im Rahmen der UNFCCC stammende Begriff „Verluste und Schäden“ (Loss and Damage, L&D) bezieht sich auf die negativen Auswirkungen der Klimakrise, die durch Emissionsreduktionen mittels Anpassungsmaßnahmen nicht verhindert werden können. Diese Auswirkungen können materieller (wirtschaftlicher) oder moralischer Natur sein.¹

Bereits 2008 schlugen Interessengruppen bei den Klimaverhandlungen ein „Kompensationsprotokoll“ vor, um das Problem der Schäden vor Ort und der staatlichen Verantwortung zu erfassen, was jedoch von den Staaten abgelehnt wurde.

Nach der Verabschiedung des Pariser Abkommens 2015 stand die Einrichtung eines Fonds für Schäden und Verluste zur Finanzierung solcher irreversiblen Auswirkungen jahrelang im Mittelpunkt der internationalen Verhandlungen. Mit der Verschärfung der Klimakrise tragen ihre Auswirkungen zunehmend zu Schäden und Verlusten auf der ganzen Welt bei, von denen insbesondere die kolonialistisch als nicht-weiß bezeichneten Regionen der Welt betroffen sind. Trotz dieser dringlichen Lage ist es auf UN-Ebene bisher nicht gelungen, die für gefährdete Staaten zur Bewältigung von Schäden und Verlusten nötige Finanzierung zu sichern. Die historische Zurückhaltung der Industrieländer, Schäden und Verluste als Klimareparaturen zu formulieren – aus Angst, eine Rechtsgrundlage für Haftung oder Entschädigungen zu schaffen – besteht in den internationalen Verhandlungen weiterhin fort. Die auf UNFCCC-Ebene getroffenen Entscheidungen zur Einrichtung eines Fonds zur Unterstützung der Länder des Globalen Südens bei der Bewältigung von Schäden und Verlusten sind ein wichtiger Schritt nach vorne, aber sie müssen noch konkret umgesetzt und mit

¹ Non-economic loss and damage (NELD) ist in den Verhandlungen über das Rahmeneinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) aufgetaucht. Der Begriff bezieht sich auf schwer messbare oder quantifizierbare negative Auswirkungen des Klimawandels wie z. B. Verlust von Menschenleben, Auswirkungen auf die Gesundheit, Vertreibung und Migration, Verlust von kulturellem Erbe, Traditionen und Identität sowie Schäden an Ökosystemen und der biologischen Vielfalt.

ausreichenden Mitteln ausgestattet werden, um den Bedürfnissen der am stärksten Betroffenen gerecht zu werden. Die Hauptverursacher der Klimakrise haben bisher noch keine echte Verantwortung übernommen.

Darüber hinaus werden voraussichtlich nur Staaten in den Fonds einzahlen, während gleichzeitig noch unklar ist, wie die Mittel tatsächlich an die Betroffenen ausgezahlt werden soll. Vor diesem Hintergrund machen Klima Klagen wie die der Einwohner von Pari gegen Holcim oder das Vorgehen der pakistanischen Bäuer*innen gegen RWE und Heidelberg Materials deutlich, dass auch große Wirtschaftsunternehmen als wichtige Verursacher der Klimakrise Verantwortung tragen sollten. Darüber hinaus tragen diese rechtlichen Interventionen auch dazu bei, klare Kriterien dafür zu entwickeln, wie die Zurechnung von Schäden entsprechend der Verantwortung der konkreten Großemittenten erfolgen und berechnet werden kann.

Ausführlichere Informationen zum Stand der internationalen Verhandlungen sind hier zu finden: [“Human rights and loss and damage: key messages for the UNFCCC in 2025”](#)

6. Was ist das Ziel der Anspruchsteller*innen, wenn bereits internationale Verhandlungen über Schäden und Verluste stattfinden?

In erster Linie geht es in diesem Fall darum, den tatsächlichen Schaden zu beheben, der realen Menschen zugefügt wurde. Diese verlangen von denjenigen, die den Schaden mitverursacht haben, eine finanzielle Entschädigung. Für das ECCHR als Unterstützer geht es darum, die Bäuer*innen aus Sindh dabei zu unterstützen, Rechenschaft für die Rechtsverletzungen zu fordern, die sie infolge der Klimakrise erlitten haben.

In diesem Sinn kann der Fall die internationalen Verhandlungen über Verluste und Schäden nur ergänzen, nicht ersetzen. Angesichts des Ausmaßes und der Tragweite der Klimaschäden sind sowohl rechtliche und politische Ansätze erforderlich, um den von der Klimakrise Betroffenen Zugang zu Abhilfe zu verschaffen. Die Einrichtung eines Fonds für Klimaschäden im Rahmen der UNFCCC ist zwar ein historischer Schritt, doch seine Finanzierung erfolgt weiterhin auf freiwilliger Basis und ist unzureichend, wobei die am stärksten betroffenen Staaten und Gemeinden bislang keinen Cent für ihre Verluste gesehen haben.

Der Mangel wirksamer Rechtsbehelfe im Rahmen der UNFCCC schließt jedoch nicht die Geltendmachung von Klimaschäden auf anderen Wegen aus.

Insbesondere muss es Betroffenen möglich sein, Rechtsverletzungen gegenüber den Verursachern geltend zu machen.

Indem sie ihren Fall zu den Großemittenten, und perspektivisch sogar vor Gericht bringen, stellen die pakistanischen Bäuer*innen sicher, dass ihre Stimme nicht übergangen wird. Gerichtsverfahren bieten den betroffenen Gemeinden einen direkten Weg, um unter geltendem Recht Gerechtigkeit einzufordern. Damit wird deutlich, dass Klimareparationen eine Frage der rechtlichen Verantwortung sind und dass klare Kriterien entwickelt werden müssen, um die Verantwortung für Verluste zu berechnen und sie konkreten Großemittenten entsprechend ihrer Haftung zuzuweisen.

Dieser zweigleisige Ansatz – Verhandlungen auf internationaler Ebene und rechtliche Schritte gegen umweltverschmutzende Unternehmen – erzeugt auch Druck für einen systemischen Wandel und ermöglicht gleichzeitig greifbare Ergebnisse für diejenigen, die bereits mit den verheerenden Auswirkungen der Klimakrise leben müssen.

7. Gibt es ähnliche Fälle in anderen Ländern?

Der Klima Kosten Fall ist Teil einer wachsenden weltweiten Bewegung für Klimagerechtigkeit. So wurden bereits mehrere Verfahren gegen Großemittenten - Carbon Majors - eingereicht, die auf Klimareparationen gerichtet sind.

Zuletzt reichte am 23. Oktober 2025 eine Gruppe von 67 Filipinos in Großbritannien Klage gegen Shell ein. Sie fordern Entschädigungen für die während des Taifuns Odette 2021 verlorenen Häuser, Lebensgrundlagen und Menschenleben. Es handelt sich um eine beispiellose Klage in Großbritannien und weltweit: Zum ersten Mal wird darin ein direkter Zusammenhang zwischen umweltverschmutzenden Unternehmen und bereits eingetretenen Todesfällen und Personenschäden im Globalen Süden hergestellt.

Das ECCHR unterstützt bereits Bewohner*innen der indonesischen Insel Pari, die [Klage gegen HOLCIM](#) in der Schweiz eingereicht haben. Hier ist nach der Gerichtsverhandlung in Zug am 3. September 2025 eine Entscheidung über die Zulässigkeit zu erwarten.

In Belgien hat ein Landwirt [Klage](#) gegen TotalEnergies wegen klimabedingter Schäden eingereicht. Er fordert das Gericht auf TotalEnergies dazu zu verpflichten, den entstandenen Schaden zu beheben und einen finanziellen Beitrag zum ökologischen Wandel zu leisten. Darüber hinaus fordert er die Richter*innen auf, das Unternehmen dazu zu verpflichten, aus den fossilen Brennstoffen auszusteigen, um künftige Schäden zu verhindern.

In Deutschland bestätigte das Urteil vom 28. Mai 2025 im [Fall Saúl Luciano Lliuya gegen RWE](#) den Rechtsgrundsatz, dass große Emittenten für klimabedingte Schäden im Ausland haftbar gemacht werden können.

8. Was ist der Unterschied zum Fall Saul Lliuya gegen RWE in Deutschland?

Der Fall Saúl Luciano Lliuya gegen RWE wurde von einem Landwirt und Grundstückseigentümer aus Peru geführt, der von RWE einen angemessenen Beitrag für Hochwasserschutzmaßnahmen forderte. Sein Haus in der Andenstadt Huaraz ist durch eine Gletschersee-Ausbruchflut („glacial lake outburst flood“ (GLOF)) aus dem Palcaocha-See bedroht. Obwohl der Fall bahnbrechend war, konzentrierte er sich auf zukünftige Anpassungskosten und hing davon ab, dass eine unmittelbare Gefahr für einen bestimmten Ort nachgewiesen werden konnte. Das Gericht in Hamm bestätigte, dass eine Haftung rechtlich möglich sei, wies die Klage jedoch letztendlich ab, da keine ausreichenden Beweise für eine Gefährdung des Hauses vorlägen, das etwas oberhalb des Flusses liegt, der von der Gletschersee-Ausbruchflut betroffen wäre.

Der Fall der Bäuer*innen aus Sindh bezieht sich auf eine Katastrophe, die bereits eingetreten ist, sie ist also rückwärtsgerichtet auf vergangene Schäden, während der Fall Saul Lliuya auf das Verhindern zukünftiger Risiken gerichtet war. Die Überschwemmungen in Pakistan im Jahr 2022 haben 33 Millionen Menschen in einem der bevölkerungsreichsten Länder der Welt obdachlos gemacht, Schäden in Höhe von schätzungsweise 30 Milliarden US-Dollar verursacht und zu einer der höchsten Todesopferzahlen durch klimabedingte Katastrophen in den letzten Jahren geführt. Die Attributionsforschung hat eindeutig den Fingerabdruck des Klimawandels in den beispiellosen Niederschlägen identifiziert. Im Gegensatz zu Lliuyas prospektiver Klage wird im Fall Pakistan ein rückwirkender Ersatz für bereits unbestreitbare Schäden gefordert.

Die Betroffenen aus Pakistan stützen ihre Ansprüche daher ausschließlich auf das deutsche Deliktsrecht (§ 823 BGB), während der Fall Lliuya auf einer Störungsnorm beruhte: § 1004 BGB.

Weitere Informationen zur Arbeit des ECCHR im Bereich Klimagerechtigkeit finden Sie in unserem Policy Paper „[Klimagerechtigkeit verlangt mehr als gesenkte Emissionen - Eine menschenrechtliche Perspektive auf die Klimakrise](#)“

Stand: Oktober 2025

European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) e.V.

www.ecchr.eu